

Familie mit 11 Kindern in Wien: 9000 Euro Sozialhilfe sorgt für Aufregung!

Eine syrische Familie in Wien erhält 9000 Euro an Mindestsicherung, was Diskussionen über Sozialleistungen in Österreich auslöst.



Wien, Österreich - In Wien sorgt eine syrische Familie mit elf Kindern für Aufsehen, nachdem bekannt wurde, dass sie monatlich rund 9000 Euro an Mindestsicherung und Beihilfen erhalten soll. Diese Summe setzt sich aus etwa 6000 Euro Mindestsicherung und 3000 Euro Familienbeihilfe zusammen, wie die „Krone“ berichtet. Der Fall hat hitzige Debatten über das österreichische Sozialsystem ausgelöst, insbesondere über die Angemessenheit der Sozialleistungen.

Vertreter der ÖVP und FPÖ äußern deutliche Kritik an der Höhe der Leistungen. ÖVP-Politiker Matthias Zauner bezeichnet die Zahlungen als „Schlag ins Gesicht“ der arbeitenden Bevölkerung. FPÖ-Chef Dominik Nepp geht noch weiter und

fordert eine Begrenzung der Sozialhilfe auf österreichische Staatsbürger. Dagegen weist die Wiener SPÖ darauf hin, dass große Familien in der Regel als „Randphänomen“ angesehen werden, da rund 58,1 Prozent der Mindestsicherungsbezieher Familien mit nur ein bis zwei Kindern sind.

Regelungen zur Mindestsicherung

Klar ist, dass das Thema der Sozialleistungen nicht neu ist. Die Mindestsicherung wird seit dem Inkrafttreten des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes im Juni 2019 nach bestimmten Vorgaben gewährt, wie das **Sozialministerium** erläutert. Diese Regelungen sehen vor, dass der Anspruch auf Mindestsicherung von den Einkünften und dem verwertbaren Vermögen aller Personen im Haushalt abhängt. Alleinstehende oder Alleinerziehende erhalten aktuell 1.209,01 Euro, während Personen ab 25 Jahren in einer gemeinsamen Lebensgemeinschaft 846,31 Euro pro Person erhalten.

Minderjährige Kinder können mit 326,44 Euro pro Monat rechnen. Ein Vermögensfreibetrag von 7.254,06 Euro pro volljähriger anspruchsberechtigter Person in der Bedarfsgemeinschaft gilt ebenfalls. Diese Regelungen unterliegen jedoch den spezifischen Umsetzungen in den einzelnen Bundesländern, wobei Wien in einigen Bereichen bereits eine Teilumsetzung erreicht hat.

Diskussion um soziale Gerechtigkeit

Der Fall der syrischen Familie ist nicht nur ein Einzelfall, sondern Teil einer breiteren Diskussion über soziale Gerechtigkeit und die Verteilung von Sozialleistungen in Österreich. Sozialstadtrat Peter Hacker hebt hervor, dass in anderen Bundesländern wie Vorarlberg vergleichbare oder sogar höhere Leistungen möglich sind. Dies führt zu Überlegungen über eine Reform des Sozialsystems insgesamt.

Die politischen Reaktionen auf die Leistungen für die Familie

verdeutlichen daher die Spannungen zwischen verschiedenen politischen Ansichten hinsichtlich der Verteilung von Sozialleistungen und der Unterstützung von Familien in Österreich. Kritiker verlangen nach einer Revision der bestehenden Regeln, während Befürworter die Unterstützung als notwendig erachten, um Familien in finanziell schwierigen Situationen zu helfen. Die kommenden Monate werden zeigen, ob und in welcher Form es zu einer Reform des Sozialsystems kommen wird.

Die aktuellen Regelungen und der Diskurs um die Mindestsicherung und Sozialleistungen zeigen einen tiefen Riss im Verständnis von Gerechtigkeit und Unterstützung in der österreichischen Gesellschaft auf, den es zu überbrücken gilt.

Für weiterführende Informationen zu den Regelungen der Mindestsicherung ist **Sozialinfo Wien** eine nützliche Anlaufstelle.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.5min.at • sozialinfo.wien.at • www.sozialministerium.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at